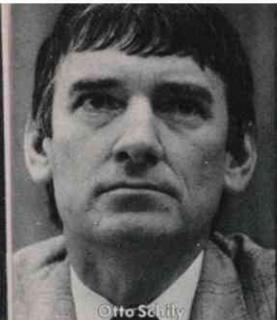




# »ICH TU WAS!«



FOTO: THEMANKNAPP



Otto Schily



Knut Kiesewetter



Luc Jochimsen



Harst E. Richter



Dorothee Sölle

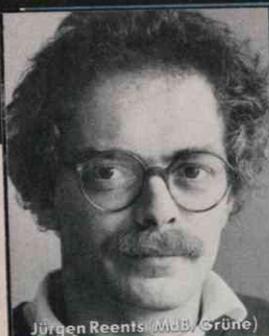


Peter F. Bringmann

**Politiker und Militärs versuchen, sich mit schärferen Demonstrationsgesetzen und Betonmauern auf den heißen Herbst vorzubereiten. KONKRET berichtet, was die Friedensinitiativen planen, wie ein gewaltloser Widerstand aussehen kann und wer dabei mitmachen wird**



**Die Vorbereitungen für die Stationierung sind im vollen Gange: Im US-Pershing-Depot Weilbronn wurde schon eine fast vier Meter hohe Betonmauer zum Schutz gegen Demonstranten errichtet. Riesige Scheinwerfer sollen die Anlage nachts beleuchten**



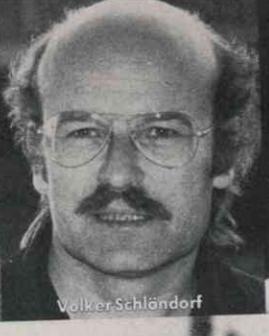
Jürgen Reents (MdB, Grüne)



Uta Ranke-Heinemann



Wilfried Klug



Volker Schlöndorff



Marieluise Beck-Oberdorf  
(MdB, Grüne)



Alexander von E.



**Gut gerüstet für den nächsten  
Weltkrieg: Pershing-Lafetten im US-Depot  
Mutlangen bei Schwäbisch-Gmünd.  
Hier soll Anfang September die erste  
Blockade stattfinden**



Eckhart Spoo

Hilde Simons MdB SPD

Barbara Sukowa

Claus Peymann

Barbara Rütting

Robert van Ackeren

Von Tom Schimmeck

**M**inister und Militärs sichten ihre Bestände und ordnen ihre Argumente. Regierungspolitiker testen die in Parteizentralen entwickelten Sprachregelungen und feilen an schärferen Gesetzen. Bei den zahllosen Gruppen der Friedensbewegung tobt die Diskussion, wie denn die Stationierung der neuen Raketen wirklich zu verhindern ist. Widerstandskonzepte werden erarbeitet und wieder verworfen, neue Aktionen heftig debattiert. Die Raketenfrage, greifbarer Aufhänger für den Irrwitz weltweiter Kriegsvorbereitungen, drängt die Parlamentspolitik in den Hintergrund, erzeugt eine neue Trennungslinie, die quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen verläuft. Fraueninitiativen, Betriebsgruppen und Kirchenkreise, Ärzte, Richter, Künstler, Wissenschaftler, ja sogar Staatsanwälte protestieren gegen die »Nachrüstung«. Gemeinden erklären sich zu »atomfreien Zonen« (und Innenminister spechen ihnen die politische Kompetenz für diese Überlebensfrage ab). Die Kirchen reden über nichts anderes als den Frieden, in Betrieben und Gewerkschaft taucht — noch zögernd — die Forderung nach Streik auf. Der »heiße Herbst« wird vorbereitet.

Bundesinnenminister Zimmermann hat in einem Interview mit der »Bunten« den Siedepunkt so niedrig wie möglich festgesetzt: »Die Sperrung eines amerikanischen Arsenal durch Demonstranten ist schon ein Akt der Gewalt.« Damit ist sichergestellt, daß auch eine gänzlich gewaltfreie Sitzblockade vor einem amerikanischen Atomwaffenlager von den dort zahlreich versammelten »Sicherheitskräften« (US-Soldaten, Bundesgrenzschutz und Länderpolizeien) als Gewalt begriffen und entsprechend »beantwortet« wird. Die Grenzschutztruppen werden dafür, so Dienstherr Zimmermann, mit »noch nicht vorhandenen aber in der Vorbereitung befindlichen Distanzwaffen« (Gummige-

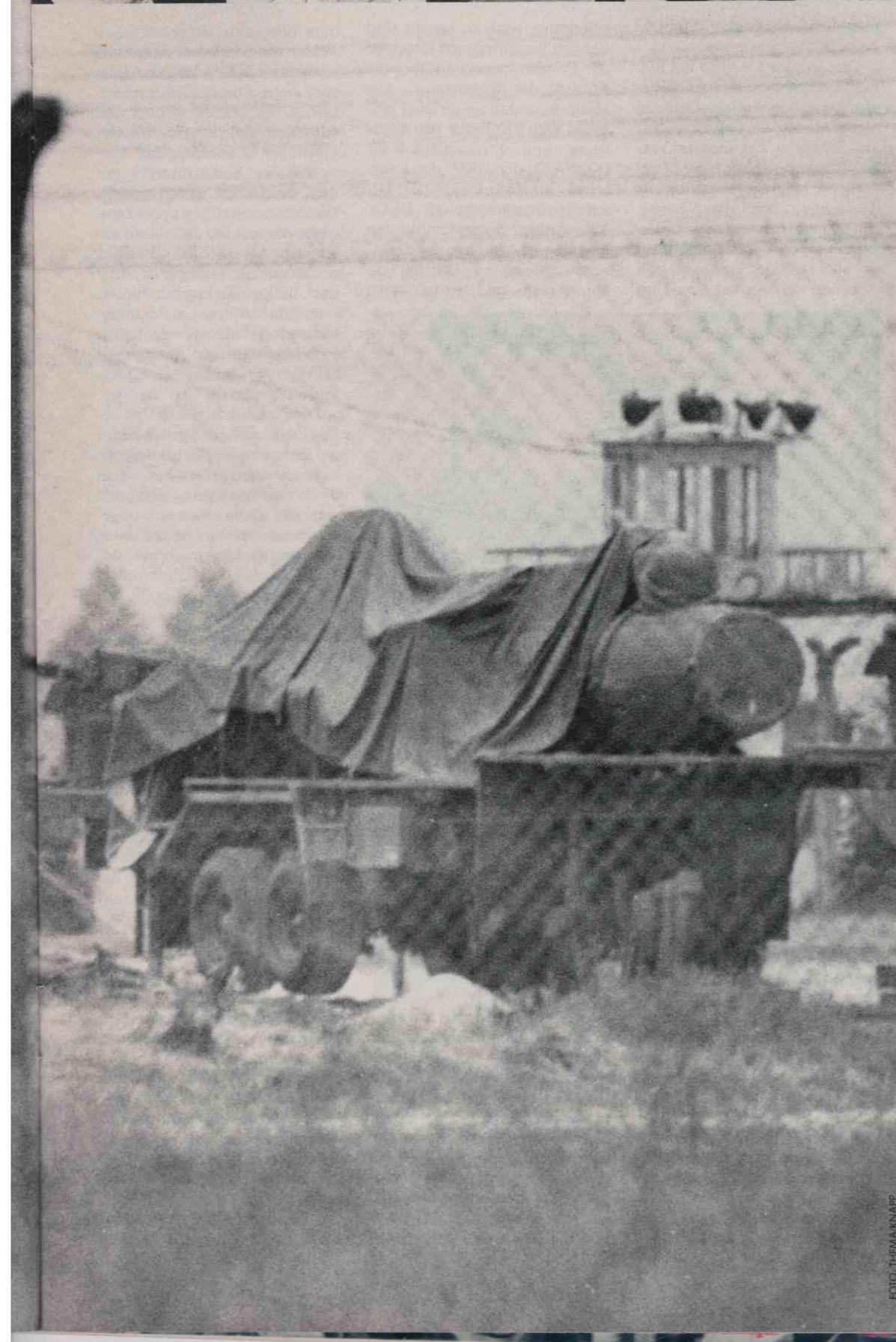
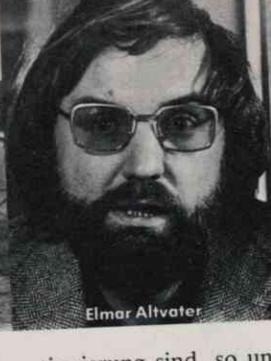


FOTO: THEMANKNAPP



schosse) aufgerüstet. Vor den Zäunen sind Polizei und BGS zuständig, dahinter das deutsche und amerikanische Militär. »In den Kasernen, Standorten und Lagern gelten die Wachvorschriften«, erklärt Oberst Reichardt, Pressestabsoffizier im Bundesverteidigungsministerium. Reichardt zu KONKRET: »Das Wachpersonal ist nur mit militärischen Waffen ausgerüstet, die es im Falle eines gesetzwidrigen Eindringens auch einsetzen muß.« Natürlich gebe es eine Verhältnismäßigkeit der Mittel, doch notfalls müsse von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden. Der Oberst von der Hardthöhe liebt das klare Wort: »Der Versuch, militärische Einrichtungen widerrechtlich zu betreten, ist ein krimineller Akt. Es ist sträflicher Leichtsinns zu glauben, daß die Motivation bei der Wahl der Gegenmittel eine Rolle spielt. Sie vollbringen staatsbürgerlich eine gute Tat, wenn Sie den interessierten Kreisen mitteilen, daß an den Standorten im Zweifelsfall scharf geschossen wird.«

Gerüchte, daß die Bundesregierung den Bündnispartner in Washington zu einem Verzicht auf die Pershing II zu bewegen versucht habe, um den »heißen Herbst« ein wenig abzukühlen, werden vom Herrn Oberst entschieden dementiert: »Die Bundesregierung hat keine eigenen Vorschläge entwickelt und den Amerikanern anzudrehen versucht.« Das wäre auch gar nicht »zweckmäßig«, denn schließlich seien »wir« bei den Genfer Verhandlungen nur »unbeteiligte Sympathisanten«.

**A**uch von der Nachricht, US-Minister Weinberger habe seinem Bonner Kollegen Wörner beim jüngsten Besuch präzise Stationierungspläne mitgebracht, will der Sprecher nichts wissen. Selbstverständlich müsse man sich auf den Fall des Scheiterns in Genf vorbereiten, doch wenn der US-Kriegsminister seinem Bundeskollegen erst Pläne mitbringen müßte, »dann wäre das eine un-

glaublich schlechte Stabsarbeit«.

Den Vorwurf freilich hat niemand erhoben. Tatsächlich besagt das schneidige Dementi nichts weiter, als daß Bonn auf ein Scheitern der Genfer Verhandlungen — inklusive Zeitplan — längst vorbereitet ist. Tatsächlich sind die Vermessungs- und Installationsarbeiten für die neuen Raketenstellungen in vollem Gange. Techniker und Arbeiter werkeln bei Neu-Ulm

stationierung sind, so uneins sind sich die verschiedenen Gruppen der Friedensbewegung über die Formen des Widerstands. Die Hauptkontaklinie verläuft zwischen dem »Komitee für Abrüstung und Zusammenarbeit« (KOFAZ), der DKP, der Deutschen Friedens-Union (DFU), der Friedensgesellschaft DFG/VK, linken Sozialdemokraten und Gewerkschaftern auf der einen und einem Spektrum von autonomen und gewaltfreien

zept des »aktiven gewaltfreien Widerstands« Demonstrationen etwa an der US-Air-Base oder Blockaden von Munitionstransporten ausgrenzen wollten und stimmten mehrheitlich für das Göttinger Konzept, das eine »politische Konfrontation mit den Herrschenden« fordert. Die Vorbereitungsgruppe kritisierte daraufhin, daß damit ein Konzept verabschiedet worden sei, das »nicht geeignet ist, über das 'linke Spektrum' hinaus relevante Strömungen der unabhängigen Friedensbewegung für eine überregionale Zusammenarbeit zu gewinnen.« Das Trümen war geplatzt.

Die gesamte Breite der Bewegung stritt sich im April in Köln wo denn nun im Herbst demonstriert werden solle. Vor allem die unabhängigen Gruppen wandten sich vehement dagegen, erneut allein für eine Meinung nach zwar schöne Worte, politisch aber nicht sonderlich wirkungsvolle »Latschmo« in Bonn zu mobilisieren. Man fand einen Kompromiss. Am 22. Oktober sollen nicht in Bonn, sondern auch an anderen Orten in Nord- und Süddeutschland »Volksversammlungen den Frieden« stattfinden, zu gibt es eine Woche lang »Wochenstandstage«: Sonntag für Kirchen, Montag für die Iren, Dienstag für Antimilitarismus und internationale Solidarität. Am Mittwoch sollen sie Betriebe, am Donnerstag Schulen und Hochschulen am Freitag Parlamente und teils etwas einfallen lassen mit war zwar zunächst gesichert, daß im »heißen Herbst« überhaupt etwas passiert, aber die entscheidenden Diskussionen werden auf Regionaltreffen im Norden Südens vertagt, wo endlich über das Wo und Wie »Volksversammlungen« und anderer Aktionen entschieden werden sollte.

Anfang Juni fanden die Treffen in Hannover und Ulm um das zuvor skizzierte Konzept komplett und der allent-



**Pershing-Depot Heilbronn: Arbeiten an der Betonmauer**

und Heilbronn im bundesdeutschen Süden an Zäunen, Wachtürmen und Warnanlagen; die Aufträge für MAN-Raketenfahrzeuge sind vergeben, an alten Schleppern wird bereits geschweißt. Noch während im September und Oktober die wahrscheinlich letzte Verhandlungsrunde in Genf anläuft, wird das Bedienungspersonal für die neuen Pershings aus den USA in die Bundesrepublik geflogen und hat die sarggroßen Kisten mit Raketen-Einzelteilen dabei. Nach Abschluß des Zusammenbaus und der Einweisung der Techniker kann dann im Advent die offizielle Stationierung mit einer Art Schlüsselübergabe beginnen.

Ebensowenig wie auf dem letzten NATO-Gipfel wird in der Friedensbewegung damit gerechnet, daß es mit den Genfer Verhandlungen zu einem guten Ende kommt. Doch so einig sind die Atomstrategen über die Sta-

Gruppen, Grünen, Alternativen und kirchlichen Initiativen auf der anderen Seite, wobei Verwischungen und Vermischungen nicht selten sind.

Ein Frust-Signal setzte im Februar ein Arbeitstreffen unter dem Titel »Abrüstung jetzt — Widerstand '83« in Frankfurt, bei dem sich rund 500 Vertreter von lose im »Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen«, (BAF) organisierten Gruppen zusammenfanden, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Über den Vorschlag einer Göttinger Initiative, vorgebracht in der »Arbeitsgruppe Herbstaktivitäten«, die US-amerikanische Rhein-Main-Air-Base bei Frankfurt zu blockieren, brach der alte Streit um die Gewaltfrage aus. Initiativen rund um die Göttinger befürchteten, daß Grüne, der Bürgerinitiativen-Bundesverband BBU und die »Hamburger Friedenskoordination« mit ihrem Kon-



Ulla Meinecke    Manfred Coppik    Petra Kelly (MdB/Grüne)    Margarethe von Trotte    Hans Ulrich Klöse (MdB/SPD)    Gabriele Pottfäst (MdB)

kritisierten »Konferenzitis« ein Ende zu machen. Autonome Friedensgruppen, die ein starkes Mißtrauen gegen die organisatorische Übermacht SPD- und DKP-naher Organisationen hegen, einigten sich am Vorabend der Hannoveraner Schlußrunde darauf, im Interesse einer »maximalen politischen Effektivität« als Ort für den Abschluß der herbstlichen »Aktionswoche« Bremerhaven/Nordenham vorzuschlagen. Dort, so argumentierten sie, könnten sich Blockaden und Demonstrationen direkt gegen das »military sealift command« der NATO richten. Die Kommandostelle, von der aus der Nachschub der Schnellen Eingreiftruppe, die Anlieferung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen sowie Rüstungsexporte aller Art — auch in die Türkei und den Nahen Osten — abgewickelt werden, sei für eine »politische Konfrontation mit der NATO« gut geeignet, das werde »hohe Wellen auf beiden Seiten des Atlantiks schlagen«.

Als sich am nächsten Tag bald 1.000 Abgesandte der norddeutschen Friedensbewegung im prallvollen Hörsaal der Pädagogischen Hochschule Hannover auf den Füßen standen, war jedoch schnell klar, daß dieser Vorschlag keine Chance hatte. Der eher auf Großdemonstrationen orientierte Flügel war teilweise in Bussen angereist und in der Mehrheit.

Diese Dreiviertelmehrheit favorisierte statt des Bremerhaven-Vorschlages eine Großdemonstration in Hamburg samt Aktionen vor dortigen Kasernen und im Hafen. Auch der Eimsbüttler SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Paterna (»Mein Bezirk ist atomwaffenfreie Zone«) machte sich für die Hamburger Lösung stark und warnte davor, daß »Parteien versuchen, auf dem Rücken der Friedensbewegung ihr Süppchen zu kochen«. Stürmischen und völlig unbeabsichtigten Beifall erhielt Paterna, als er in einer etwas ungeschickt gestarteten

rhetorischen Konstruktion ausrief, es sei doch »klar, daß es der SPD nicht ansteht, sich an die Spitze der Friedensbewegung zu setzen«, daran ein »aber« anschließen wollte, zu dem er jedoch aufgrund des massiv einsetzenden Jubels nicht mehr kam. Obwohl den Sozialdemokraten überall in der Friedensbewegung starkes Mißtrauen entgegengebracht wird, hoffen dennoch viele, daß die SPD im Rahmen der Herbstaktionen zu einer die Friedensbewegung tragenden Rolle finden wird. So wird recht gezielt die Hoffnung in Umlauf gebracht, daß sich bei der mehrheitlich beschlossenen Hamburger »Volksversammlung« am 22. Oktober auch der Hamburger SPD-Bürgermeister Dohnanyi auf die Rednertribüne schwingen wird.

Für weite Teile der Unabhängigen wiederum ist das eine ziemlich unerträgliche Vorstellung. Sie begründen ihren Widerwillen gegenüber der SPD wie auch gegenüber Massenversammlungen im Bonner Hof-

um, »radikalere Aktionsansätze auf breiter Basis zu verankern«, die Friedensbewegung »über den Herbst hinaus politisch auszurichten«, schon weil man davon ausgeht, daß die Raketenstationierung im ersten Anlauf kaum zu verhindern sein wird und sich das Thema Rüstungswahnsinn selbst im Falle einer Verhinderung der Pershing II- und Cruise missiles-Stationierung noch lange nicht erledigt hat.

Anders als in Hannover zeigte sich auf dem gleichzeitig stattfindenden Konferenz-Pendant in Ulm, daß es Kompromisse geben kann, wenn die Kräfte gleichmäßiger verteilt sind. Dort wurde sich auf eine Menschenkette auf der Bundesstraße 10 zwischen Ulm und Stuttgart, eine gewaltfreie Blockade des künftigen Pershing II-Standortes Ulm/Neu-Ulm sowie zwei Abschlußkundgebungen in Ulm und Stuttgart geeinigt. Auch die Koordination ist dort klar; im Süden kann alles — von kleinen Aktionsgruppen bis

gekommen. Und obwohl die Unabhängigen vermuten, daß die anderen »mit Dohnanyi vorweg in die Sackgasse« wollen, ist allen klar, daß mit »machtvollen« Demonstrationen und Unterschriftensammlungen allein nicht mehr viel auszurichten ist.

Jo Leinen, einer der Chefs des BBU, ist sich sicher, daß es im Herbst und Winter zu einer »Zusammenarbeit aller Kräfte« kommen wird und daß nicht Demonstrationen, sondern Blockaden schon im Oktober »der Renner« sein werden. Leinen sieht die Bewegung in drei Phasen: Die erste, die »Appellationsphase«, war vor allem von Unterschriftensammlungen, Büchertischen und Diskussionen geprägt; in der zweiten, der »Demonstrationsphase«, kamen bis zu 300.000 (Oktober 81) oder gar 500.000 Menschen (Juni 82) zusammen.

Obwohl die Massenmobilisierung sicher weiterhin zur Verbreiterung der Basis nützlich sei, sieht Leinen seit der Blockade des Atomwaffenlagers Großgörsingen im Sommer 1982 die »Phase der direkten gewaltfreien Aktion des zivilen Ungehorsams« angebrochen. Trotz der bis heute darum andauernden Prozesse, trotz der Polizeikostenverordnung des Landes Baden-Württemberg und anderer Abschreckungsmaßnahmen glaubt er, daß »der zivile Ungehorsam, der Boykott, die Verweigerung und der Streik diejenigen Aktionen sind, die im Herbst '83 zu einer weiteren Verschärfung des politischen Drucks führen können«.

Von staatlicher Seite wird der Druck schon jetzt tüchtig verschärft. Der bayerische Ministerpräsident Strauß hat vor dem CDU-Parteitag in Köln den direkten Zusammenhang zwischen NATO-»Nach«rüstung und der Verschärfung der Demonstrationsgesetze klarge-macht. Nicht nur Strauß ist darüber verärgert, daß der FDP-Justizminister Engelhardt die Verschärfung des Landfriedens-



**Ostermarsch: Atomgegner am Depot Dülmen-Visbeck**

garten nicht zuletzt mit historischen Erfahrungen aus der Anti-Atom-Bewegung Ende der 50er Jahre, die unter Führung der Sozialdemokraten in die Erfolglosigkeit abdriftete. Auch die Mitäterschaft des Helmut Schmidt und seiner Mannen beim NATO-Doppelbeschluß bleibt in diesem Zusammenhang selten unerwähnt. Ihnen geht es dar-

zur IG-Metall-Bezirksleitung in Stuttgart — auf den Herbst hinarbeiten.

Egal ob im Norden nun am »Standort Hamburg« oder am »Hauptbrückenkopf und Einfallstor der Amis seit '46« in Bremerhaven demonstriert und blockiert wird, die Friedensbewegung ist in jedem Fall über den Bonner Hofgarten hinaus-



Gert Bastian (MdB/Grüne)

Oskar Lafontaine

Sabine Bard (MdB/Grüne)

Bernt Engelmann

Udo Lindenberg

Günter Haug

bruch-Paragrafen durch die Präsentation eines zwar reaktionären, für die CDU/CSU aber immer noch nicht akzeptablen Gesetzentwurfes über den Herbst hinaus verzögert hat.

Doch auch ohne das neue Landrecht, an dem inzwischen das Innenministerium feilt, dürfte das Instrumentarium ausreichen, um nach dem alten Motto »Wo der Staat antritt, muß er gewinnen« zu verfahren. Nicht umsonst liegt der Oberbefehl über BGS, BKA und Verfassungsschutz beim CSU-Minister Zimmermann; nicht umsonst sind die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern, die den Löwenanteil der »Nachrüstung durchzusetzen haben, in den festen Händen von CDU und CSU. Über die Einführung von Gummigeschossen wird in Baden-Württemberg derzeit entschieden, mit CS-Gas ist die Süd-Polizei längst ausgerüstet. Ein »Meldedienst-Landfriedensbruch« wurde durch Beschluß der Innenministerkonferenz beim BKA im Frühjahr wie zufällig »probenweise für zwei Jahre« eingeführt.

Vorerst wird — das ist nicht neu — gewarnt. Schon 1981 erklärte ein hoher NATO-Offizier in Brüssel, sollten Demonstrationen die Polizeiketten vor Atomwaffenlagern durchbrechen, werde von Bundeswehr und US-Soldaten »gezielt geschossen«, und zwar nicht nach Polizeivorschriften, um den »Rechtsbrecher« außer Gefecht zu setzen. Man werde »schießen, um zu töten, damit die Atomwaffen geschützt werden. Fragen werden hinterher beantwortet«.

Noch schrecken CDU und CSU vor solchem Vokabular zurück, weil sie befürchten, damit Rüstungsgegner in den eigenen Reihen und vor allem die Kirchen gegen sich aufzubringen. Der CDU-Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen, Worms, kündigt für seine Partei eine »Welle der 1.000 Veranstaltungen« zur Friedenspolitik an und erklärt: »Wir müssen uns auf

diesen Herbst vorbereiten.« Familienminister und CDU-Generalsekretär Geißler hat bereits die Bergpredigt zur Begründung der Raketenstationierung herbeibemüht. Gegenüber KONKRET wehrte sich Geißler »dagegen, daß eine bestimmte Gruppe den Frieden für sich reklamiert«. So sei auch sein Begriff »sogenannte Friedensbewegung« zu verstehen, er wolle »diese Leute nicht abwerten«. Auch dürften »die, die im Herbst gegen den Doppelbeschluß der NATO demonstrieren, von der Bundesregierung nicht kriminalisiert werden«, obwohl diese Demonstrationen »ein kardinaler Fehler« seien, »weil sie gegen die falsche Sache demonstrieren«. Schließlich sei der »Doppelbeschluß« der NATO ein Fahrplan zur Abrüstung — wie kann man denn dagegen demonstrieren?«

Geißler, dessen Partei sich er-

schluß, nach der sich rund 60 Prozent der Bevölkerung gegen die »Nachrüstung aussprechen. Das Kanzleramt bestätigte Mitte Juni auf eine Anfrage des grünen Abgeordneten Reents die Existenz der Studie, mochte sich jedoch zu ihrem Inhalt nicht äußern, weil es politisch nicht opportun sei.

**D**as dürfte stimmen. Nach einer Infas-Umfrage vom Dezember sind sogar 69 Prozent der Bevölkerung gegen die Stationierung der Raketen — auch 53 Prozent der CDU/CSU-Wähler. Das »ZDF-Barometer« hat unlängst festgestellt, daß sich für die Genfer Verhandlungen und einen Verzicht auf die Stationierung 72 Prozent aussprechen (60 Prozent der CDU/CSU-, 60 Prozent der FDP-, 84 Prozent der SPD- und 97 Prozent der Grünen-Anhänger). Für Stationierung und Verhandlungen sind nach dieser

bei ihrem Anspruch auf Mitsprache zu packen. Jo Leinen, selten um eine griffige Formulierung verlegen, spricht bereits von einem »plebisitären Aufstand«. Er erhofft sich von einem entschiedenen Ruf nach Mitsprache der Bevölkerung eine Mobilisierung der Leute weit über den bisher erreichten Rahmen hinaus: »Die Vorstellung, daß sie darüber ein Kreuz machen, erreicht viele Leute«, prophezeit Leinen, »das kriegt Drive«.

Während die SPD mit der Forderung nach einer erneuten Bundestags-Abstimmung über die »Nachrüstung (Geißler: »Wenn es sein muß — warum nicht?«) ihrer nächsten Abstimmungsniederlage entgegensteuert, versprechen sich die Volksbefragungs-Verfechter das »Aufzeigen demokratischer Defizite«, eine »Informationsverbreiterung«, in jedem Fall eine »vehemente öffentliche Diskussion«, die die Bundesregierung in die Defensive drängt. Rudolf Augstein schrieb schon 1950 zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik: »Es gibt also keinen vernünftigen Grund, dem Kanzler eine Entscheidung zu überlassen, die im Ernstfall die gesamte Bevölkerung eher ausbaden müßte als Dr. Adenauer.«

Die Abstimmungs-Befürworter verweisen auch auf erfolgreiche regionale Aktionen dieser Art. Der Parlamentarische Staatssekretär im Justizministerium, Klein, sah dagegen schon bei den ersten öffentlichen Überlegungen die parlamentarische Demokratie in Gefahr.

Ein Sprecher des Justizministeriums sieht in der Befragung eine »Volksabstimmung auf kaltem Wege«: Zwar sei eine solche Aktion rechtlich folgenlos, andererseits in der politischen Praxis jedoch »kaum zu übergehen«.

Zweifler auf der Pro-Seite wie etwa der grüne Fraktionsvorsitzende Otto Schily scheinen inzwischen vom Sinn der Aktion überzeugt. Einige in der Friedensbewegung warnen hingegen



Blockade des US-Raketendepots Großengstingen

folgreich gegen einen »Raketen-Wahlkampf« gewehrt und allein die wirtschaftspolitische »Wende« zur Abstimmung gestellt hat, sagt jetzt: »Wer CDU am 6. März gewählt hat, hat gewußt, daß die CDU für die Realisierung des Doppelbeschlusses steht, das war für jeden glasklar, das hat der Dümme gewußt.« Gegen eine Prüfung ihrer Legitimation in diesem Punkt sträubt sich die Regierung hartnäckig. So hält das Bundeskanzleramt eine Sinus-Studie unter Ver-

Umfrage 25, für sofortige Stationierung nur drei Prozent.

Obwohl der Versuch, eine Volksbefragung zum Thema Atombewaffnung zu machen, 1958 am Bundesverfassungsgericht scheiterte, scheinen heute weite Teile der Friedensbewegung entschlossen zu sein, eine Kampagne für eine Volksbefragung über die drohende Stationierung der US-Mittelstreckenraketen zu starten. Sie glauben, daß dies ein geeignetes Mittel sei, die schweigende Mehrheit



Christa Nickels (MdB/Grüne)

Jürgen Flimm

Jörg Zink

Marius Müller-Westernhagen

Christa Nickels (MdB/Grüne)

Joschka Fischer (MdB/Grüne)

## »Ein legitimes Kind unserer Demokratie«

Von Werner Heine

Der Regelverstoß ist beschlossen. Die Raketen dürfen nicht kommen. Die Parole der Friedensbewegung heißt Widerstand, gewaltloser Ungehorsam gegen die Gewalt der Massenvernichtungsmittel und die Gewalttätigkeit derer, die diese Mittel wollen.

Wer von Widerstand redet, sagt die liberale »Zeit«, dessen Hirn ist »verwirrt und vernebelt«. Widerstand, sagt der Sozialdemokrat Hans-Jochen Vogel, ist vorgesehen für sowas wie den Kapp-Putsch, die Machtergreifung von Obristen. Widerstand, sagt Bundespräsident Karl Carstens, ehren wir in den Männern vom 20. Juli.

Was treibt Carstens, die Verschwörer gegen seinen damaligen Parteichef zu feiern? Wir wissen nicht, was er 1944 von denen hielt, aber seine Partei, die NSDAP, hat sie doch so gesehen: gewissenlose Clique mit niedriger Gesinnung. Ist es der wahre Edelmut? Der historische Sieger feiert den gescheiterten Versuch der gescheiterten Gegner?

Der Widerstand, der am 20. Juli gefeiert wird und der damals so grauenhaft an den Fleischermägen in Plötzensee endete, war großbürgerlich, adelig, preußisch und sozialdemokratisch brav. Die Beck, Moltke, Dohnanyi, Goerdeler, Trott und Leuschner starben nicht für eine freiheitlich-demokratische Grundordnung, sondern für die Idee eines preußischen Elitestaates monarchistischer Prägung. Die Schwatzbude von Weimar, das war der Konsens zwischen dem geplanten Staatschef Beck und dem geplanten Vizekanzler Leuschner, sollte nicht wieder eingeführt werden. Als Beck ausrief: »Was macht der Hund aus unserm schönen Deutschland!«, meinte er nicht die Konzentrationslager, sondern Hitlers Mißerfolge an der Ostfront.

So geht der Übergang vom NS-Bürger über den »Zusammenbruch« in die Christdemokratische Union nahtlos: Wir waren immer vom Besten. Wir haben die Autobahnen gebaut, die Rentenreform beschlossen, und unsere Tapfersten haben eine Bombe gelegt.

Dann muß noch jemand Schuld tragen an Auschwitz. Das war »der Pazifismus der dreißiger Jahre«. Dann muß noch jemand Schuld tragen am Ende des Bismarckreiches. Das war der »Dolchstoß« von 1918 in den Rücken der kämpfenden Truppe. Alfred Dregger, Präsidentschaftskandidat, beweist Geschichtsbewußtsein, wenn er den Widerstand der Friedensbewegung einen Dolchstoß nennt.

Der andere Widerstand bleibt geächtet. Kommunisten und Sozialisten, die vor Gericht um Wiedergutmachung kämpften, erfuhren, daß ihre Sabotage gegen den NS-Staat gegen geltende Gesetze verstoßen habe. Der Ehrenvorsitzende der baden-württembergischen CDU, Hans Filbinger, erfand die Kurzformel: Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein. Die »Edelweißpiraten«, junge Widerstandskämpfer aus dem Ruhrgebiet, sind vor dem Gesetz immer noch Kriminelle, Ossietzky ist immer noch nicht rehabilitiert.

Das beruhigt: Wie es auch ausgeht, General Bastian wird von Karl Carstens nie gefeiert werden. Und auch das beruhigt: Der Verfassungsrichter Helmut Simon warnt vor dem »Irrtum«, die Friedensbewegung könne sich mit einem von Carstens abgesetzten Widerstandsrecht auf den Weg machen. Er gibt der Bewegung seine Sympathie mit und ein Selbstbewußtsein. »Ein legitimes Kind unserer demokratischen Kultur« nennt er sie und sagt: »Sie bleibt innerhalb der besten Traditionen der rechtsstaatlichen Demokratie.« ■

vor dem Fall, daß die Befragung tatsächlich durchgeführt wird und sich die Mehrheit hinter die Raketen stellt. Die meisten halten das aber für den allerunwahrscheinlichsten Fall der Fälle. Ohnehin, so lautet ein Not-Argument, werde das Ganze wahrscheinlich abgelehnt, womit sich die Regierung dem massiven Verdacht aussetze, Angst vor des Volkes Meinung zu haben. »Das ist ein bißchen Pokerspiel«, kommentiert Jo Leinen, »wer sich in diese Gefahr begibt, kann auch darin umkommen.«

Daß durch die Befragungskampagne andere Aktivitäten, wie etwa die Blockaden, in den Hintergrund treten könnten, befürchten offenbar nur wenige. Die Diskussion um das Ob ist ohnehin beendet, weil die Grünen über ihre Bundestagsfraktion inzwischen einen Gesetzesentwurf eingebracht haben. Die Bevölkerung soll gefragt werden:

»1. Sind Sie mit der Stationierung zusätzlicher atomarer Mittelstreckenraketen der Typen Pershing II und Cruise Missiles einverstanden?

2. Sind Sie damit einverstanden, daß auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland Abschußvorrichtungen für die in Ziffer 1 genannten Mittelstreckenraketen angelegt werden?«

Das »Nein«, das sich die Friedensbewegung wünscht, wird mit oder ohne Befragung in den nächsten Monaten durchs Land getragen werden — ob bei einem Friedensmarsch von Dortmund nach Brüssel, geplant im Juli, ob bei den Demonstrationen und Blockaden am Antikriegstag, dem 1. September, ob bei dem Stop von Munitionstransporten, vorbereitet von Gruppen mit dem Namen »Bürger beobachten Bombentransporte«. Als im Juni Zehntausende mit lila Tüchern zum evangelischen Kirchentag kamen, um so gegen Massenvernichtungswaffen zu protestieren, war die Losung: »Die Zeit ist da für ein Nein ohne jedes Ja.« Da kündigte der al-

te Heinrich Albertz in einer Predigt an, er werde auch an ein bis zwei Blockaden teilnehmen, »damit die jungen Leute nicht so allein sind.« ■

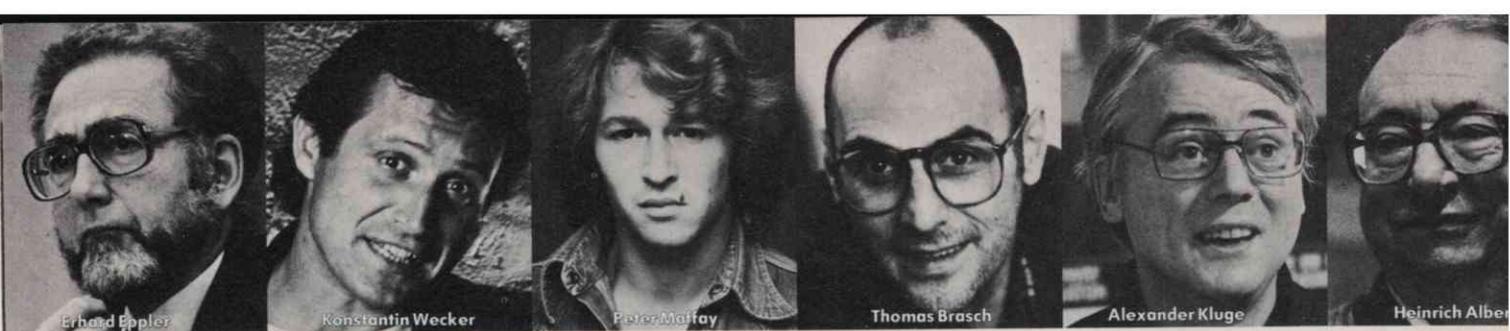
## DA HILFT NUR NOCH AMNESTIE

Warum die Stationierung neuer Raketen verfassungswidrig ist und welche Widerstandsmöglichkeiten es gibt, untersucht Werner Heine

Die Soldaten kamen mit Hubschraubern, regelten ein großes Gelände ab und erklärten den Bauern in der Umgebung, sie würden auf jeden schießen, der ihnen zu nahe komme. Dann begannen sie, das Gelände zu vermessen. Als sie auf eine Siedlung mit behinderten Kindern stießen, sagten sie, die Gebäude eigneten sich gut als Offizierswohnungen.

Das passierte nicht im Sommer 1945, sondern vor drei Monaten in der Nähe von Schlitz, nordwestlich von Fulda. US-Soldaten suchten nach geeigneten Stationierungsräumen für die geplante Truppenverlagerung an die DDR-Grenze. Vor Ort sickerte durch, daß nicht nur Truppen nach Schlitz verlegt werden, sondern auch ein Lager mit chemischen Kampfstoffen. Daher die bewaffnete Heimlichkeit des Suchtrupps.

Daß US-Soldaten in der Bundesrepublik auftreten wie Besatzer, ist weder neu noch rechtlich angreifbar. Mit dem Generalvertrag von 1955, der die Souveränität der BRD begründete, trat der Truppenstationierungsvertrag in Kraft, der die Anwesenheit westallierter Streitkräfte in der BRD regelt. Aus diesem Anwesenheitsrecht, das nach dem Wortlaut des Generalvertrags »nur in vollem Einvernehmen mit der Bundesrepublik auszuüben« ist, leiten die USA nicht nur das Recht ab, »konventionell« bewaffnete Truppen in der BRD zu unterhalten. Sie haben die Truppen auch mit ato-



maren und chemischen Waffen ausgerüstet.

Das geschah dreißig Jahre lang geradezu unangefochten, bis ein neues Umweltbewusstsein Proteste nicht nur gegen Atomkraftwerke, Dioxinhersteller oder sauren Regen hervorbrachte, sondern auch gegen den millionenfachen Tod in den Nervengas-Lagern der US-Army. So klagt der DGB in Rheinland-Pfalz vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen die Stationierung des Kampfgases, und die Chancen stehen nicht schlecht.

**D**enn abgesehen davon, daß die Anwendung von Kampfgasen völkerrechtlich verboten ist, birgt ihre Lagerung die ständige Gefahr, daß die Gasbehälter leck werden. Für die Handhabung solcher großen Gefahrenpotentiale hat das Bundesverfassungsgericht bereits Grundsätze entwickelt. In seiner Rechtsprechung zum Betrieb von Atomkraftwerken hat es auf die »vorrangige Aufgabe« des Staates verwiesen, »Leben und Gesundheit vor den Gefahren der Kernenergie zu schützen«. So haben die — wenn auch bescheidenen — Mitwirkungsrechte der Bürger an den atomaren Planungsverfahren Verfassungsrang.

Wendet das Gericht diese Grundsätze auf die Gift- und Nervengase an, auf deren Verwendung die BRD zudem feierlich verzichtet hat, erscheint die Lagerung auf deutschem Boden außerhalb deutscher Hoheitsrechte verfassungswidrig.

Der Bremer Rechtsprofessor Wolfgang Däubler, der den DGB bei seiner Klage in Karlsruhe vertritt, hält nicht nur die Lagerung chemischer Vernichtungsmittel für verfassungswidrig. Däubler hat vor einem Jahr die Verfassungsmäßigkeit der geplanten Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles geprüft\*. Sein Ergebnis: Die Stationierung ist mit den Rechten der USA aus dem Stationie-

rungsvertrag und dem NATO-Vertrag nicht zu begründen. Sie ist verfassungswidrig, weil die Bundesrepublik damit ihre Souveränität aufgibt. Sie ist verfassungswidrig, weil für sie keine bundesgesetzliche Regelung vorgesehen ist. Sie ist verfassungswidrig, weil die Bevölkerung nicht — wie bei den Atomkraftwerken — ihre Interessen geltend machen kann, sie hat keine Mitwirkungsrechte bei der Auswahl der geheimgehaltenen Standorte. Die Stationierung ist verfassungswidrig, weil sie gegen das Verfassungsgebot der Friedenssicherung verstößt.

Inzwischen ist Däubler mit dieser Argumentation vor das Verfassungsgericht gegangen. Er vertritt in Karlsruhe einen Ulmer Bürger, der gegen die Stationierung Verfassungsbeschwerden eingelegt hat. Folgt das Gericht nur einer Begründung aus seinem Argumentationskatalog, muß es die Stationierung verbieten. Das Bundesverfassungsgericht hat die Chance, Weltpolitik zu machen.

Genau dieses aber werden die Richter in Karlsruhe zu vermeiden versuchen. Das Gericht hat bereits zu erkennen gegeben, daß es über die Stationierung erst entscheiden möchte, wenn sie tatsächlich eingetreten ist. Es wird kaum dazu zu bringen sein, vor der Aufstellung der Raketen — rechtlich gesehen also zu einer hypothetischen Streitfrage — Stellung zu nehmen.

Die Friedensbewegung wird deshalb fortfahren müssen, die Stationierung politisch zu verhindern. Sie wird dann erfolgreich sein, wenn die politischen Kosten der Stationierung höher sind als der politisch-militärische Nutzen der Raketen. Die diskutierten Maßnahmen des politischen Widerstands reichen von einem Übermaß an zivilem Gehorsam bis zum Generalstreik. Ein Blick auf die rechtlichen Folgen:

Völlig unbedroht von Strafe ist, wer sich besonders gesetzestreu verhält. Wer immer genau die Geschwindigkeitsbegren-

zungen einhält, bringt in den Großstädten den Verkehr zum Stillstand. Das ist ein historisches Widerstandsmittel. Die Fahrer der städtischen Bahnen und Busse in Madrid nutzten es während der Franco-Zeit.

Strafrechtlich folgenlos ist natürlich auch das Ausüben von Rechten. Geschieht das massenhaft, wird das System lahm. Die Rechtspflege käme bereits ins Schleudern, wenn nur gegen jeden Strafzettel Einspruch eingelegt wird. Aus jeder Parkstunde folgte dann eine Gerichtsverhandlung. Das ist nur nicht ganz einfach zu organisieren.

Ähnliches gilt für die Rückkehr zur Barzahlung. Die Kün-

»Die Polizei wird auch im Herbst Ihr Recht auf Demonstration sichern.« Angesichts der schwammigen Rechtslage klingt das ein wenig großzügig.

Wenn sich die Bürger am 1. Mai auf dem Markt versammeln, nachdem sie sich angemeldet haben, und nach zwei Stunden wieder nach Hause gehen, dann ist das völlig legal. Der Staat nimmt hin, daß die Polizei solange den Verkehr umleiten muß. Von einer Nötigung gegenüber den Autofahrern ist nicht die Rede. Das ändert sich, wenn die Verkehrsbehinderung nicht eine Nebenwirkung der Demonstration bleibt, sondern beabsichtigter Zweck wird.



**Widerstandstraining: Üben gewaltfreier Aktionen**

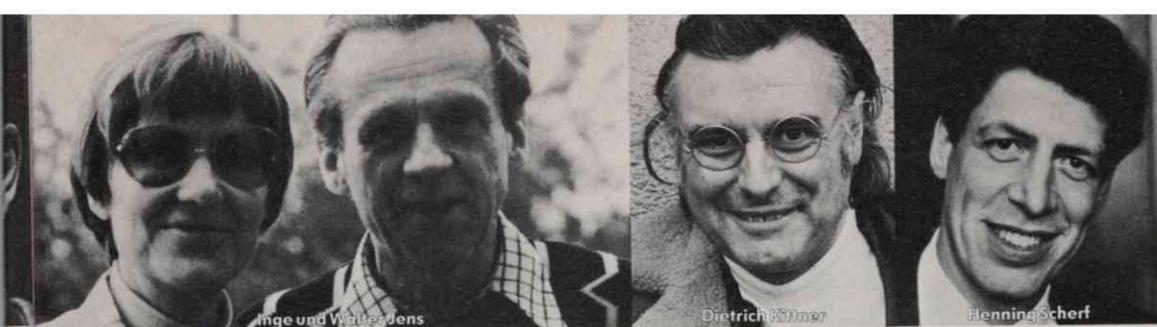
digung aller Abbuchungs- und Daueraufträge würde zu enormen Schwierigkeiten im Zahlungsverkehr führen, einschließlich des privaten und staatlichen Mahnwesens. Politisch bedeutsamer wäre die massenhafte Verweigerung des Kriegsdienstes. Was macht der Staat, wenn über die Hälfte der nachrückenden Jahrgänge verweigert?

**A**uf jeden Fall im Rahmen der Rechtsordnung handelt auch, wer gegen die Raketen demonstriert. Das Recht auf friedliches Versammeln ist ein Grundrecht. Folgerichtig versprach Günter Schröder, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, seinen Zuhörern auf dem Evangelischen Kirchentag in Hannover:

Nach der bisherigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs sind Blockaden rechtswidrig, weil dadurch andere genötigt werden, etwas zu unterlassen. Das Sitzen auf der Straße ist nach dieser Rechtsprechung Gewalt gegenüber dem, der passieren will. Aber dieser Gewaltbegriff ist nicht so festgeklopft, daß für jeden Demonstranten jederzeit erkennbar ist, ob er nun gerade Gewalt anwendet oder nicht. Nicht jede Gewaltanwendung ist Nötigung. Er muß »Verwerflichkeit« hinzukommen.

Das Amtsgericht Frankfurt sprach Ende der 60er Jahre Demonstranten frei, die Straße blockiert hatten, um die Auslieferung von Springer-Zeitungen

\* Wolfgang Däubler: »Stationierung und Grundgesetz«, rororo aktuell 5018, 8,80 Mark



Inge und Wittenbergs

Dietrich Köster

Henning Scherf

zu verhindern. Begründung: Die Pressekonzentration ist ein so großes Übel, daß der Protest gerechtfertigt ist. Das Amtsgericht Bremen wie das Landgericht Köln fanden an Straßenblockaden gegen städtische Fahrpreiserhöhungen nichts auszusetzen. Die Kölner Richter sprachen demonstrierende Studenten mit der Begründung frei, diese hätten sonst keine Lobby, die auf ihre Situation aufmerksam machen könnte. Eine Viertelstunde Blockade sei erlaubt, um Chancengleichheit herzustellen.

Zwar wurden alle diese Urteile von den höheren Instanzen kassiert, aber selbst der Bundesgerichtshof urteilte, daß Gewalt nicht immer Nötigung sei. Es komme dabei auf »das im Volk herrschende Bewußtsein« an. Dieses aber ist angesichts der Raketen zumindest geteilt.

Solange die Blockade nicht gesetzlich verboten ist — es kann kein gesetzliches Verbot einer bestimmten Demonstrationsform geben —, ist sie also mit dem Risiko anwendbar, daß die Demonstranten hinterher wegen Nötigung verurteilt werden. »Das«, sagt Professor Däubler, »ist immer noch wahrscheinlicher als ein Davonkommen.« Aber er sagt auch: »Mit der größeren Zahl ist das Risiko geringer. Wenn eine halbe Million Menschen blockieren, hilft nur noch Amnestie.«

Zahlen oder sitzen wird in jedem Fall, wer Gewalttätigkeiten aus einer Menge heraus begeht. Der ist nach dem Gesetz Landfriedensbrecher, wenn er nicht passiv blockiert, sondern aktiv körperliche Kraft anwendet, also etwa mit Steinen wirft. Setzt sich die CSU in der Bonner Koalition durch, könnte bis zum Herbst das Strafrecht so reformiert sein, daß auch die vielen Friedlichen neben ein paar Steinerwerfer zu Landfriedensbrechern werden, wenn sie nach polizeilicher Aufforderung nicht sofort nach Hause gehen. Dann spielt der bezahlte Provokateur eine noch größere Rolle. Mit seiner Hilfe kann jede Demonstra-

tion zu jedem Zeitpunkt aufgelöst werden. Drei filmreife Steinerwerfer finden sich immer.

Reicht dieses rechtliche Instrumentarium nicht aus, kann die Bundesregierung »zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes« erst Polizeikräfte aus anderen Bundesländern, dann Bundesgrenzschutztruppen und schließlich die Bundeswehr einsetzen. Das wäre dann der Notstand, in dem einige Grundrechte wie die Unverletzlichkeit der Person oder das Postgeheimnis noch mehr außer Kraft gesetzt würden.

**S**eit Oskar Lafontaine den Generalstreik in die Debatte brachte, wird auch die Frage nach dem Recht auf Widerstand aus der Verfassung (Artikel 20, Absatz 4) diskutiert. Die Begriffe sind miteinander verknüpft, solange der DGB erklärt, ein Generalstreik käme nur im Widerstandsfall in Frage, wie ihn das Grundgesetz beschreibt: als letztes Mittel (»andere Abhilfe nicht möglich«) gegen den Beseitiger der Grundordnung.

Zunächst: Das Streikrecht leitet sich ab aus der »Koalitionsfreiheit« des Grundgesetzes (Artikel 9). Das dort beschriebene Recht »zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen« beschränkt auch den Themenkreis für Streiks. Die Gewerkschaften haben selber nie ausdrücklich auf »politische Streiks« verzichtet. Die Rechtsprechung hat den Begriff »politisch« sehr gedehnt. So wurde 1979 der geplante Streik gegen die Zerschlagung des NDR in letzter Minute als politischer Demonstrationstreik vom Gericht verboten.

Andererseits haben die Gerichte immer wieder politische Demonstrationstreiks hingegenommen, wenn das opportun war. Als 1972 bei Barzels Mißtrauensvotum gegen Kanzler Brandt im Ruhrpott Hunderttausende Arbeiter während der

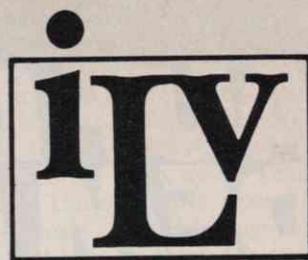
Arbeitszeit demonstrierten, also streikten, gab es keine juristischen Sanktionen. In einem Fall wurde ein Betriebsrat abgemahnt wegen Verteilens von Flugblättern. Selbst diese Abmahnung wurde vom Bundesarbeitsgericht wegen eines Formfehlers aufgehoben. Wie bei der Auslegung der »Verwerflichkeit« im Nötigungsfall bestimmt auch beim Streik die Zweckmäßigkeit die Rechtslage.

Die Ausrufung eines Generalstreiks hieße nun, die Justiz auf den Plan rufen, bevor die eigenen Truppen gezählt sind. Natürlich läßt sich begründen, daß die Stationierung die demokratische Grundordnung nachhaltiger verletzt, als das ein Putsch-Regime je könnte. Die Raketen machen den Krieg nahezu unvermeidlich. Und natürlich gibt es dagegen ein Widerstandsrecht. Aber das läßt sich bei keiner staatlichen Instanz vorsorglich einhandeln. Widerstand mit der Absegnung des Verfassungsgerichts — das schließt sich logisch aus.

Statt also über einen Kraftakt zu reden, hat der DGB zunächst die Unterstützung der geplanten Demonstrationen zugesagt. Das ist mehr, als nach der zögernden Haltung der letzten Jahre zu erwarten war. Einzelne Gewerkschaftsformationen gehen weiter. Der Landesbezirkstag der IG Druck in Baden-Württemberg verabschiedete einstimmig, daß die Raketen »Gegenstand von Betriebsversammlungen, Kundgebungen während der Arbeitszeit und notfalls auch Streiks bis hin zum Generalstreik« werden.



**Aufkleber** können Sie, gegen Vorkasse, bestellen bei KONKRET, Postfach 19 76 65, 2000 Hamburg 19: 10 Karten (mit je drei Aufklebern 95 und 46 mm) zum Preis von 5 Mark; 100 Karten für 35 Mark



Informationspresse —  
c. w. leske verlag  
Hansaring 82–86, 5000 Köln 1

**Adolf Streckfuß**  
1848 —  
**Die März-Revolution in Berlin**  
Ein Augenzeuge erzählt  
Herausgegeben von Horst Denkler, in Zusammenarbeit mit Irmgard Denkler  
Zeitgenössisch illustriert  
Leinen mit Schutzumschlag,  
1983. 724 Seiten, 58,— DM

1848



Adolf Streckfuß  
Die März-Revolution in Berlin  
Ein Augenzeuge erzählt



**Satire und Macht**  
»Kladderadatsch«  
**Die Geschichte eines Berliner Witzblattes von 1848 bis ins Dritte Reich**  
Herausgegeben von Ingrid Heinrich-Jost  
Illustrierte Ausgabe, Pappband, mit farbig bedrucktem Überzug,  
1982. 352 Seiten, 38,— DM



Satire und Macht

**Kladderadatsch.**

Die Geschichte eines Berliner Witzblattes von 1848 bis ins Dritte Reich

